Zeitschrift: Energeia : Newsletter des Bundesamtes für Energie
Herausgeber: Bundesamt für Energie
Band: - (2008)
Heft: 3

Artikel: "Wir verfolgen vitale strategische Interessen der Schweiz" : Interview
Autor: Calmy-Rey, Micheline / Dubach, Roger / Riva, Klaus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-640049

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Wir verfolgen vitale strategische Interessen der Schweiz»

Mit ihrer Energieaussenpolitik verfolge die Schweiz eine ähnliche Stossrichtung wie Brüssel, sagt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey im Interview mit energeia. Im Zentrum der Aktivitäten steht dabei das Sicherstellen einer langfristigen, umweltverträglichen und wirtschaftlichen Energieversorgung. Der Bundesrat will mit ausgewählten Staaten, auch ausserhalb Europas, Energiepartnerschaften aufbauen und mit diplomatischer Unterstützung der Schweizer Energiewirtschaft den Eintritt in diese Energiemärkte erleichtern.

Frau Bundesrätin, der Bundesrat hat die Schweizer Energiepolitik neu ausgerichtet und will dabei die Energieaussenpolitik stärken. Wie soll diese aussehen?
Der Bundesrat hat in diesem Jahr den Rahmen für eine aktive Energieaussenpolitik gesetzt. Mit aussenpolitischen Aktivitäten will er dazu beitragen, dass die Energieversorgung in der Schweiz sicher, umweltverträglich und wirtschaftlich ist. Die Schweiz will sich in Zukunft weiter dem Energiemarkt der EU annähern, intensive Kontakte zu den Nachbarstaaten pflegen und mit ausgewählten Energieförder- und Transitländern Energiebeziehungen aufbauen. Darüber hinaus wird die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit dem Thema Energie mehr Rechnung tragen, und die Schweiz wird auch ihr Engagement bei internationalen Energieorganisationen wie der Internationalen Energieagentur intensivieren.

Das Gasabkommen zwischen der Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg EGL und der staatlichen iranischen Gasgesellschaft NIGEC hat hohe Wellen geschlagen. Warum ist das Abkommen für die Schweiz von Bedeutung?
Für unsere langfristige Gasversorgungssicherheit ist das Abkommen nicht zentral. Denn nur ein Bruchteil der 5,5 Milliarden Kubikmeter Erdgas, welche die EGL ab 2011 jährlich aus dem Iran beziehen wird, ist für den hiesigen Markt bestimmt. Der überwiegend grösste Teil des Gases wird dereinst in Italien in Gaskraftwerken zum Einsatz gelangen. Zudem nimmt die Gaswirtschaft bereits heute ihre Verantwortung wahr und trifft die nötigen Massnahmen, um die langfristige Gasversorgung in der Schweiz sicher zu stellen. Und trotzdem: Das transadriatische Pipeline-Projekt der EGL, kurz TAP-Projekt genannt, das mit dem Gasliefervertrag in Zusammenhang steht, öffnet einen neuen Gasbeschaffungskorridor nach Europa (vgl. *energeia* 2/08). Von dieser Diversifizierung der Beschaffungsrouten und der Gasquellen wird auch die Schweizer Gaswirtschaft profitieren.

Mit der Iranreise vermittelten Sie aber die Botschaft: Es geht um vitale Interessen der Schweiz ...
Die Schweiz ist ein rohstoffarmes Land. Heute fallen rund 80 Prozent der Energieversorgung auf die fossilen Energieträger Öl und Gas. Diese beziehen wir vollständig aus dem Ausland. Diesem Aspekt hat der Bundesrat im letzten Jahr bei der Neuausrichtung der Energiepolitik Rechnung getragen. Unter anderem wünschte er sich eine aktivere Energieaussenpolitik, die sich an klaren, strategischen Zielen ausrichtet, wie der Stärkung der umweltverträglichen und wirtschaftlichen Energieversorgung und generell der Versorgungssicherheit. An diesen Zielen orientieren wir uns. Beispielsweise indem wir mit Förder- und Transitländern bilaterale Abkommen abschliessen, und die Energiewirtschaft beim Zugriff auf wertvolle Ressourcen in Ländern auch ausserhalb der EU unterstützen. Sie sehen, mit unserer Energieaussenpolitik verfolgen wir tatsächlich vitale strategische Interessen der Schweiz.

Mit der Förderung der Energiedialoge im Ausland fährt die Schweiz im Übrigen eine ähnliche Schiene wie die EU. Der energiepolitische Aktionsplan des Europäischen Rates sieht für die Jahre 2007 bis 2009 eine Verbesserung der Kooperation mit allen Energielieferanten vor – zur Sicherstellung der Energieversorgung in Europa.

Die Diplomatie öffnet der Schweizer Energiewirtschaft also Türen im Ausland.
Ja. Die Iranreise war ein Musterbeispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen einer Schweizer Firma und der Schweizer Diplomatie. Ich kann Ihnen ein weiteres Beispiel liefern: In langwierigen Verhandlungen mit Frankreich vertreten wir die Interessen der Gaznat SA – einer regionalen Gasgesell-

schaft aus der Romandie – und stehen kurz vor dem Abschluss der Gespräche. Auch dies ist ein Erfolg der Schweizer Diplomatie im Dienste strategischer Landesinteressen.

Sie argumentieren, das Gasgeschäft mit dem Iran würde auch der EU nützen. Sieht das Brüssel auch so?
Die EU unterstützt das TAP-Vorhaben der EGL. Das hat sie uns gegenüber verschiedentlich bekräftigt. Zudem forciert Brüssel mit Nabucco ein Projekt aus den eigenen Reihen zur Erschliessung von Gasvorhaben in Südosteuropa und zur Diversifizierung der Gasbeschaffungskorridore nach Europa.

Steht das Projekt der EU in Konkurrenz mit dem Vorhaben der EGL?
Die EU stellt sich auf den Standpunkt, dass es der Markt regeln soll, wie viele der heute bestehenden Pipelineprojekte letztendlich auch realisiert und wirtschaftlich betrieben werden können. Grundsätzlich gilt für Brüssel: Je mehr Pipelineprojekte umgesetzt werden können, desto besser spielt der Wettbewerb auf dem europäischen Gasmarkt. Die Zufuhr von neuem Gas ist für Europa zentral: Aktuell werden rund 55 Prozent des europäischen Gasbedarfs durch ausländische Bezugspartner gedeckt, nämlich von Russland, Norwegen und Afrika. Allein davon beläuft sich der Anteil an Gas aus Russland auf 43 Prozent. Hinzu kommt, dass die europaweite Gasproduktion rückläufig ist, die Nachfrage nach Erdgas in der EU jedoch weiter ansteigt. Für 2030 prognostiziert die Internationale Energieagentur einen Anstieg der Erdgasimportabhängigkeit der EU auf rund 84 Prozent.

Mit welchen Ländern unterhält die Schweiz bilaterale Abkommen im Energiebereich?
Wir haben im letzten Jahr mit Aserbaidschan eine enge Zusammenarbeit im Energiebereich vereinbart. Im Mittelpunkt stehen dabei die Versorgung und der Transport von Öl und Gas. Schwerpunkte bilden aber auch der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien, in der Energieforschung sowie im Bereich des Technologietransfers, die durch gemeinsame Projekte gefördert werden sollen. Weiter sollen die Kooperation von privaten Unternehmen im Energiebereich beider Länder und private Investitionen im Energiesektor erleichtert werden.

Zudem arbeiten wir gegenwärtig daran, den Energiedialog mit der Türkei zu vertiefen. Als Transitland spielt die Türkei eine zentrale Rolle bei der strategischen Diversifizierung der Energieversorgung Europas und ist damit auch für die Schweiz ein wichtiger Gesprächs- und Wirtschaftspartner. Und nicht zuletzt führen wir Verhandlungen mit der EU über ein bilaterales Stromabkommen.

Was kann die Schweiz diesen Ländern anbieten?
Schweizer Unternehmen sind weltweit führend auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung von effizienten Energietechnologien, von energieeffizienten Geräten und Produkten. Hier können unsere Unternehmen ihr ganzes Know-how in die Waagschale werfen und wertvollen Wissens- und Technologietransfer in die Partnerländer leisten. Gleiches gilt im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Nutzung der Wasserkraft. Zudem bieten unsere Hochschulen hervorragende Ausbildungsgänge im Energiebereich an – diese sollen für junge Menschen aus den Partnerländern auch zugänglich sein.

Wie kommt es, dass das EDA in der Energiepolitik derart aktiv ist? Wie verläuft die Abgrenzung zum UVEK und zu Energieminister Moritz Leuenberger?
Der Bundesrat hat im letzten Frühling die Schweizer Energiepolitik neu ausgerichtet und auf vier tragende Säulen gestellt: Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen, Fördern der erneuerbaren Energien, Aus- und Zubau des hiesigen Kraftwerkparks sowie eine aktive Energieaussenpolitik. Daraufhin hat das UVEK gemeinsam mit dem EDA und dem EVD ein Konzept zur Energieaussenpolitik verfasst und klare, strategische Ziele in der Energieaussenpolitik definiert. Dieses Konzept setzen wir nun in Arbeitsgruppen in die Praxis um. Diese Arbeitsgruppen setzen sich zusammen aus Vertretern der drei erwähnten Departemente. Das EDA hat zudem einen Diplomaten ins Bundesamt für Energie delegiert, der den gegenseitigen Informationsfluss sicherstellt.

Interview:
Roger Dubach und Klaus Riva

«DIE SCHWEIZ WILL SICH IN ZUKUNFT WEITER DEM ENERGIEMARKT DER EU ANNÄHERN, INTENSIVE KONTAKTE ZU DEN NACHBARSTAATEN PFLEGEN UND MIT AUSGEWÄHLTEN ENERGIEFÖRDER- UND TRANSITLÄNDERN ENERGIEBEZIEHUNGEN AUFBAUEN.»

Im Mittelpunkt des Besuches von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey in Teheran standen nicht nur Energiefragen. Weitere bilaterale Themen wie Menschenrechte oder die iranische Politik gegenüber Israel waren ebenfalls zentral.

Frau Bundesrätin, Sie haben bei Ihrem Besuch im Iran auch die Menschenrechtslage angesprochen. Was war Ihre Botschaft?
Ich habe über die Verschlechterung der Menschenrechtssituation im Iran gesprochen und insbesondere Fälle von Steinigungen, Gliederamputationen oder die Todesstrafe für Minderjährige verurteilt. Ich hielt ausdrücklich fest, dass solche Praktiken für die Schweiz nicht tolerierbar sind und grausame, unmenschliche Strafen darstellen.

Haben Sie auch die Spannungen zwischen dem Iran und Israel angesprochen?
Ich habe meinen Gesprächspartnern gesagt und öffentlich festgehalten, dass die antiisraelische Rhetorik Irans für die Schweiz nicht akzeptierbar ist. Alle Mitgliedstaaten der UNO haben ein Recht darauf, zu existieren. Das gilt selbstverständlich auch für den Staat Israel. Die Schweiz setzt sich dabei aktiv für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ein.